Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher VBS
Schwanengasse 2
3003 Bern

6. März 2018

Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“ und äussern uns dazu wie folgt:

Unter dem Vorbehalt, dass in den Austragungskantonen der Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele zugestimmt wird und die erforderlichen Kredite gesprochen werden, unterstützen wir die Kandidatur „Sion 2026“ zur Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz im Grundsatz. Wir teilen die Haltung des Bundesrates, dass die Organisation und Durchführung der Winterspiele einen wesentlichen Fortschrittsgewinn bezüglich Nachhaltigkeit und Innovation bringen und als Vermächtnis einen bleibenden Wert für die Standort- und Lebensqualität in der Schweiz hinterlassen muss.

Der Bundesrat stellt Beiträge in der Höhe von insgesamt 909 Mio. Franken an die Organisation und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Aussicht. Wir nehmen Kenntnis von dieser Bundesbeteiligung. Sie darf allerdings nicht dazu führen, dass übrige Bundesbeiträge an die Kantone in Frage gestellt werden. Sollten aufgrund der Bundesbeiträge an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele Massnahmen zur Einhaltung der Schuldenbremse erforderlich werden, sind diese strikte im Eigenbereich des Bundes vorzunehmen. Es dürfen keine Lastenabwälzungen auf die Kantone erfolgen.

Die Frage der öffentlichen Sicherheit wurde im Rahmen der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) vertieft diskutiert. Dabei hat sich ergeben, dass die Kantone bereit und in der Lage sind, die Sicherheit an Olympischen und Paralympischen Winterspielen in der Schweiz zu gewährleisten. Der Einsatz von Polizeikräften aus Kantonen, die nicht zu den Organisatoren gehören und auch nicht Mitglieder des lateinischen Konkordats sind, ist gemäss der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL) oder auf der Basis einer Vereinbarung „Sion 2026“ zu entschädigen. Deshalb wurden die Austragungskantone eingeladen zu berechnen, wieviel Eigenleistungen sie im Bereich Polizei mit ihrem Personal erbringen können. Gestützt auf diese Berechnungen sind der Bund und die

Durchführungsorganisation eingeladen, mit den Austragungskantonen nach Lösungen zu suchen, wie die IKAPOL-Kosten zu finanzieren sind.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Heim
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber